

«Eine Marginalisierung der Trägerschaft»

Niggi Ullrich, Mitglied im Regionalrat der SRG Deutschschweiz, wendet sich in «ernster Sorge» an den Verwaltungsratspräsidenten der SRG SSR.



Niggi Ullrich ist Präsident der SRG SSR idée suisse REGION BASEL und Mitglied im Regionalrat der SRG Deutschschweiz

gazette: Sie und auch die anderen PräsidentInnen der SRG-Regionalgesellschaften der Deutschschweiz sind mit der Rolle, welche die Regionalgesellschaften spielen, nicht zufrieden. Sie verstehen sich als «Citoyen des medialen Service public» und wollen nicht als «folkloristischer Fanclub der SRG» gelten. Können Sie dieses neuere Rollenverständnis ausführen?

Niggi Ullrich: Wir verstehen uns als das öffentliche Gewissen der MedienbürgerInnen in der Schweiz. In jedem Gebührenzahler tickt der Kunde, der für seine Gebühren etwas will. Aber es tickt im Herz des Konsumenten immer auch das Herz des Bürgers, der durch die Medien am öffentlichen Kontext teilnehmen will. Die SRG SSR soll ihren öffentlichen Auftrag auch öffentlich verstehen und weiter tragen.

Die Trägerschaft quasi als die Gemeindeversammlung in der Gemeinde SRG.

Ja. Der öffentliche Auftrag der SRG SSR wird zunehmend zur Sache einer privaten Konkurrenz zwischen Medienunternehmen. Da muss sich der Bürger, die Bürgerin via Trägerschaft um die res publica, die öffentliche Sache, hier die SRG mit ihrem Auftrag, vertreten wissen.

Sie sprechen von Anzeichen, dass daran gearbeitet werde, diese Kultur der Beteiligung abzuschaffen. Und dass Sie mit der traditionellen Rollenverteilung nicht mehr leben können und wollen. Wo sind diese Anzeichen zu sehen?

Es sind mehrere, interne und externe: Dass sich die SRG SSR unter dem Diktat der Wirtschaftlichkeit in allen Belangen zunehmend wie eine Aktiengesellschaft benimmt, obwohl sie juristisch ein Verein ist. Sie benimmt sich wie eine AG – siehe corporate governance, Verwaltungsrat, Umwandlung von föderalen zu unternehmerischen Strukturen usw. Der

Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle attestiert der SRG grundsätzlich eine hohe Effizienz, aber nennt die föderale Trägerschaftsstruktur als Problem. Das darf doch kein «Problem» sein, die SRG SSR kann unter dem Gesichtspunkt «Gebühren», der «idée suisse» und «öffentlicher Auftrag» doch nicht ausschliesslich unternehmerischem Denken oder der etwas modisch anmutenden so genannten best practice unterworfen sein. Die SRG SSR ist mit föderalen Trägerstrukturen nicht automatisch schwerfällig. Im Gegenteil haben sich in den Gremien der Trägerschaften engagierte BürgerInnen längst zu Medienfachleuten entwickelt, welche sich in ihrem Engagement nicht auf den Weihnachtsapéro beschränken wollen, sondern sich medienpolitisch mehr als (ein)vernehmlich einbringen wollen.

Die PräsidentInnen der SRG-Regionalgesellschaften beklagen in einem offenen Brief an den SRG-Präsidenten eine Zentralisierung, eine Verschiebung der Zuständigkeiten von den Regionalgesellschaften auf die Generaldirektion und auf den Verwaltungsrat. Können Sie das etwas konkretisieren?

Es gibt eine Tendenz, mit der Statutenrevision der SRG SSR mehr Kompetenzen vom Zentralrat zum nationalen Verwaltungsrat der SRG zu delegieren. Wir wehren uns nicht komplett dagegen, aber bei Fragen wie der Konzession oder der Bestätigung der Wahl des Generaldirektors muss eine Kompetenz im Sinne einer ernst gemeinten Mitsprache auch bei den Trägerschaften bleiben, das heisst auch bei den Sprachregionen. Es sei daran erinnert, dass der Generaldirektor ja auch in jedem regionalen Verwaltungsrat von Radio und Fernsehen mit Stimmrecht vertreten ist.

Sie kritisieren eine Vermischung: der Kontrollfunktion durch die Trägerschaften

mit der ausführenden Funktion durch die Organe des Unternehmens.

Ja, das Vetorecht des Generaldirektors in den Verwaltungsräten der einzelnen Sprachregionen ist eine Vermischung von Exekutiv- und Aufsichtsfunktionen.

Dann ist das Verhältnis zwischen Regionalgesellschaft und Generaldirektion also schlecht definiert.

Nein, in der konkreten Praxis arbeiten wir hervorragend zusammen. Es gibt auch keinen Grund zu Misstrauen oder Klage wegen der Amtsführung. Aber wir wehren wir uns gegen eine Tendenz, dass die Struktur zu einer Marginalisierung der Trägerschaft vor allem in der Deutschschweiz führt. Die alten Strukturen sind nicht tabu, man soll da Änderungen einleiten, denn die SRG SSR und das Umfeld haben sich auch verändert. Jetzt wird aber das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und nur noch nach betriebswirtschaftlichen und unternehmerischen Gesichtspunkten strukturiert. Bei der SRG SSR ist die «reine Lehre» nach Aktienrecht nicht nötig. Es gibt einen moderaten Weg, der den besonderen Auftrag, die Geschichte der SRG und die aktuelle Marktlage berücksichtigt.

Sie haben sich beklagt,...

Nein, wir wollen nur verhindern, dass das bisherige Zusammenspiel innerhalb der SRG-Strukturen in einen irreparablen Dissens zwischen Trägerschaft und Unternehmen führt. Den können wir uns weder medienpolitisch noch unternehmerisch leisten. Aber es reicht nicht zu klagen. Wir müssen uns auch so organisieren, dass man um uns nicht herumkommt. Wir glauben, dass wir eine Rolle spielen können, und haben das auch schon bewiesen: So haben wir über www.mitreden.ch recht viele neue Interessenten für den medienpolitischen Auftrag der SRG SSR gewinnen können, welche die regionale SRG-Trägerschaft bis-

